

GKKE fordert restriktive europäische Rüstungsexportkontrolle

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zieht eine ernüchternde erste Bilanz zur Rüstungsexportpolitik der neuen schwarz-roten Regierung. »Entgegen aller Ankündigungen ist nicht zu erkennen, dass die Bundesregierung dem Ernst der rüstungsexportpolitischen Fragen gerecht wird. Die noch für 2018 angekündigte Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien ist nicht in Sicht«, so Prälat Dr. Karl Jüsten, der katholische GKKE-Vorsitzende. Im Folgenden dokumentieren wir Kernaussagen aus dem Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE.

Export an Drittstaaten weiterhin die Regel

Mit einem Wert von 6,242 Milliarden Euro sind die deutschen Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr

um knapp 9 Prozent zurückgegangen. Damit sind die Genehmigungswerte für Einzelausfuhren zwar zum zweiten Mal in Folge gesunken; in den drei Jahren von 2015 bis 2017 waren jedoch immer noch die drei höchsten Werte seit Beginn der öffentlichen Berichterstattung über Rüstungsexporte zu verzeichnen.

Mit einem Anteil von rund 61 Prozent ging im Jahr 2017 weit über die Hälfte aller Einzelausfuhrgenehmigungen an Länder, die weder der EU noch der NATO angehören. Die beiden Hauptempfänger genehmigter Rüstungsexporte – Algerien und Ägypten – sind solche Drittstaaten. Rüstungsexporte wurden an 52 Staaten genehmigt, deren Menschenrechtssituation als »sehr schlecht« eingestuft wird. Die GKKE stellt abermals fest, »dass der Export an Drittstaaten mittlerweile zur Regel geworden ist«.

Prälat Dr. Karl Jüsten, Prälat Dr. Martin Dutzmann und Dr. Max Mutschler bei der Bundespressekonferenz in Berlin
Foto: dpa





Quelle: Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE

Exporte in den Jemen-Krieg stoppen

Rüstungsexporte an die Jemen-Kriegs-Koalition, insbesondere an Saudi-Arabien, verurteilt die GKKE aufs Schärfste. Zwischen 2015 und 2017 erteilte die frühere Bundesregierung Genehmigungen für Rüstungsexporte im Wert von über 2,6 Milliarden Euro an Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten – Länder, die an Luftschlägen beziehungsweise an der Seeblockade des Jemen beteiligt sind. Die neue Bundesregierung erteilte seit ihrer Vereidigung im März 2018 bis zum 23. September 2018 insgesamt 87 Genehmigungen für Lieferungen an Länder der Jemen-Kriegs-Koalition. Durch diese Rüstungsexporte trage die Bundesregierung zur humanitären Katastrophe im Jemen bei und unterstütze den Bruch des Völkerrechts. Mit einem kurzfristigen Rüstungsexportstopp, wie er nach der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi gegenüber Saudi-Arabien verhängt wurde, sei es nicht getan. Die GKKE fordert die Bundesregierung auf, alle Rüstungsexporte an Staaten der Jemen-Kriegs-Koalition ausnahmslos zu untersagen und bereits erteilte Genehmigungen unverzüglich zu widerrufen.

Scharfe Kritik an der Rheinmetall AG

Besondere Beachtung schenkt die GKKE der Geschäftspraxis der Rheinmetall AG. Über Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen im Ausland kann der Konzern Munition in Krisengebiete liefern, ohne dafür eine Genehmigung aus Deutschland zu benötigen. Durch die Verlagerung ihrer Munitions

herstellung ins Ausland und die Belieferung von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten mit Munition trage der Konzern eine Mitverantwortung für die Zerstörungen im Jemen und den Tod vieler Menschen. Die GKKE appelliert an die Bundesregierung, bestehende Regelungslücken im Ausfuhrrecht endlich zu schließen.

Restriktive EU-Rüstungsexportpolitik gefordert

Im Koalitionsvertrag kündigten Union und SPD an, eine gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik anzustreben und den verbindlichen *Gemeinsamen Standpunkt der EU zur Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern* fortzuentwickeln. Die GKKE bestätigt, dass die Bundesregierung sich für eine kohärente Rüstungsexportpolitik der EU-Mitgliedsstaaten einsetzen müsse; aber »nicht durch die Absenkung eigener Standards, sondern durch eine Stärkung der bestehenden Regelungen des *Gemeinsamen Standpunkts*«. Vor dem Hintergrund eines zunehmend zusammenwachsenden europäischen Rüstungsmarktes besteht die Gefahr, dass Rüstungsunternehmen die Endfertigung von Waffensystemen in diejenigen Staaten verlagern, in denen sie den geringsten Widerstand gegenüber strittigen Rüstungsexporten erwarten. Daher gilt es, auf europäischer Ebene Entscheidungs- und Kontrollmechanismen zu schaffen, die das verhindern. Die GKKE spricht sich für die Einrichtung eines europäischen Aufsichtsgremiums für die Überwachung der Rüstungsexporte aller EU-Mitgliedsstaaten aus.

Redaktion: Charlotte Kehne, Januar 2019

- 📄 Der Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE steht als PDF-Datei unter www3.gkke.org/81.html zur Verfügung.
- 📄 Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 130 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird finanziell mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes gefördert.

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.